

Zeitschrift: Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen
Herausgeber: Emanzipation
Band: 6 (1980)
Heft: 8

Artikel: Biel : nein zum Obligatorischen Haushaltskurs! : eine Diskriminierung unter anderen
Autor: Tanguy, Françoise
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-359328>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

BIEL: NEIN ZUM OBLIGATORISCHEN HAUSHALTSKURS!

Eine Diskriminierung unter anderen

Der Bericht stammt von einer der "Dienstverweigerinnen", die am 28. August vor Gericht standen. Er ist frei übersetzt aus dem Französischen.

Françoise berichtet:

Ungefähr 20 Gymnasiastinnen und einige Lehtöchter entschlossen sich anfangs 1979 eine Gruppe für die Änderung des obligatorischen Haushaltskurses zu bilden. In dem Kurs wird Haushalten, Kochen, Nähen und anderes gelehrt (uns wurde sogar gesagt, wie frau sich am besten schminkt... Anm. der Übersetzerin). Der Kurs nimmt etwa 180 bis 200 Stunden in Anspruch. Er ist für alle Mädchen zwischen 16 und 20 obligatorisch. Seine Grundlage: ein kantonales Gesetz von 1925...! Dieser Kurs ist der "krönende Abschluss" der diskriminierenden Erziehung, die frau durchläuft. Das war uns Anlass genug zum Protest. Wir stellten fest: schon in Familie, Schule, Lehre werden die Mädchen auf eine Rolle hin erzogen. Im Haushaltskurs wird frau zur perfekten Hausfrau getrimmt. Mit unserem Boykott wollen wir all jene Institutionen in Frage stellen, die Männer und Frauen daran hindern, ihre berufliche Existenz wirklich zu wählen, indem sie sie in die traditionelle Rollenverteilung hineindrängen.

EIN SYMBOLISCHER KAMPF IN RICHTUNG "GLEICHE RECHTE"

Unser Kampf gegen den Haushaltskurs galt also den schulischen und beruflichen Diskriminierungen, denen die Frauen unterworfen sind. Unser Protest zielte ebenfalls gegen das traditionelle "Frau-und-Mutter"-Bild. Die "Frau-und-Mutter" kann nämlich nicht wählen: sie wird, je nach Wirtschaftslage, als erste entlassen, oder dann als billige Arbeitskraft gebraucht. In jedem Fall muss sie aber zusätzlich noch fast alle Haushaltarbeiten erledigen.

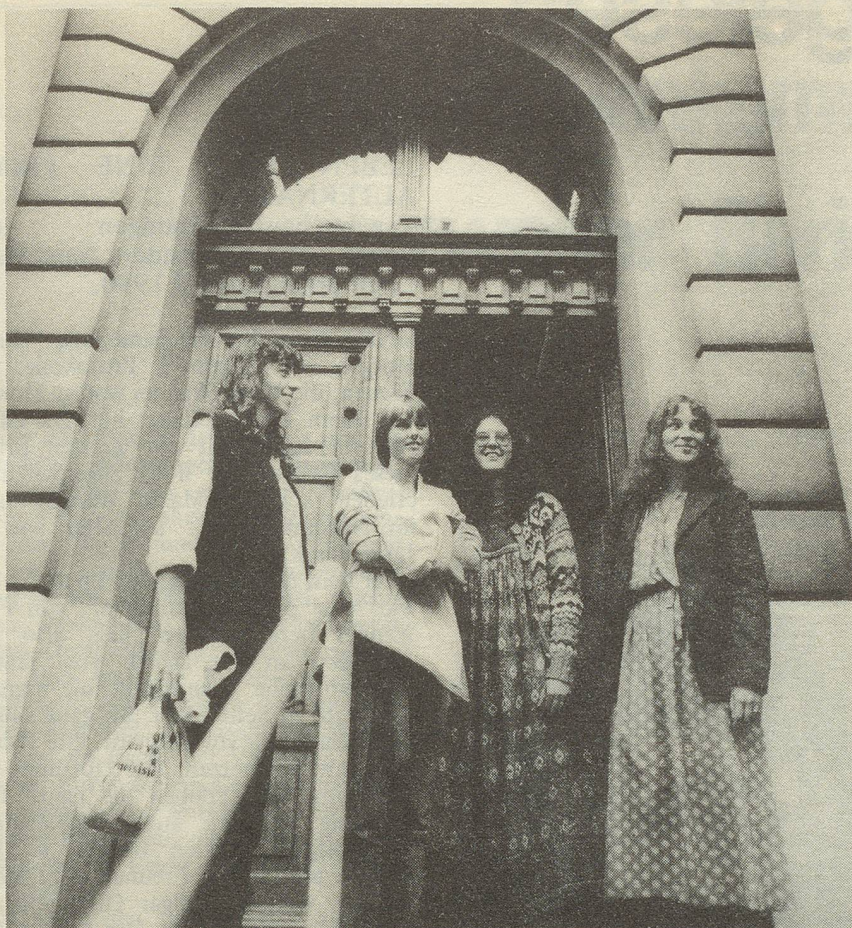
Mit unserer Aktion wollten wir demnach nicht nur den obligatorischen Kurs als solchen abschaffen, sondern auch alles was er symbolisiert denunzieren: wir sehen unseren Kampf als Teil der Kampagne für die Initiative "Gleiche Rechte für Mann und Frau".

PETITION, BOYKOTT UND PROZESS

Der Ablauf unserer Aktion (von der Petition zum Boykott, vom Boykott zum Prozess) wurde bestimmt durch den Lauf der Ereignisse und vor allem durch die Antworten und Nicht-Antworten der Verantwortlichen in Biel und Bern. Seit dem März 79 zirkulierte ein Blatt unter den Mädchen, die den Kurs boykottieren wollten. 70 Mädchen von Biel und Umgebung unterschrieben. Für viele war der Kurs im Jahr 79, für andere erst im Jahr 80 oder noch später fällig. Diese Liste wurde der Überwachungskommission in Biel mit einem erklärenden Brief geschickt. Unsere Forderungen lauteten: dieser sexistische Kurs solle durch einen gemischten Kurs (für Mädchen und Knaben) ersetzt werden, zudem müsse er freiwillig sein. Wir erklärten unsere Entschlossenheit, bis zum Boykott zu gehen, im Fall dass unsere Forderungen kein Gehör fänden. Parallel dazu haben wir eine Petition mit den gleichen Forderungen lanciert. Sie zielte darauf, den Frauen wirklich das Recht auf Mitarbeit im gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Bereich zu geben. Erst Mitte Juli hat die Kommission in Biel uns "geantwortet". Ihr Vorschlag: die Mädchen, die den Kurs 1979 besuchen müssten, bekämen einen "Spezialkurs für Gymnasiastinnen" (und die Lehtöchter!?) an dem auch unsere Kollegen teilnehmen könnten. Die Kursleiterin würde sich bemühen, alle sexistischen Aspekte verschwinden zu lassen...! Unsere Hauptforderung, den Kurs freiwillig zu gestalten, wurde darin nicht berücksichtigt. Wir weigerten uns, an einem Kurs teilzunehmen, der die Grundfragen überhaupt nicht berühre. Der Boykott begann am 15. September 1979. An diesem Tag wurde ebenfalls die Petition mit über 2000 Unterschriften beim Regierungsrat eingereicht. Auch von dieser Seite kam keine richtige Antwort. Die bernische Regierung sagte, der Kurs sei in Überarbeitung, aufgrund von zwei Motionen im Grossrat. Sie sagte ebenfalls, Gesetz

Photos:
Ursula Ritter





Die Angeklagten vor dem Amthaus

sei Gesetz, und der Boykott müsse bestraft werden. Darauf zeigte die Bieler Kommission die Verweigerinnen an, die den Kurs 79 besuchen sollten (frühere Boykotte von einzelnen Mädchen hatte sie scheinbar nie verfolgt). Der Gerichtspräsident verurteilte jede Verweigerin zu 90.—. In dem Moment entschieden 7 Mädchen, sich diesem Urteil zu widersetzen. Damit riskierten sie einen Prozess.

EIN "ÖFFENTLICHKEITS-PROZESS"

Der Prozess war für uns ein Mittel, unsere Forderungen nochmals vorzubringen. Zweites Ziel war es, Druck auszuüben auf die Gesetzgeber und so die Gesetzesrevision im Hinblick auf einen gemischten und freiwilligen Kurs zu beschleunigen. Zudem wollten wir die repressive Haltung der Kommission denunzieren. Als letztes wollten wir die Gelegenheit ergreifen und die doppelte Diskriminierung, die der Kurs für die Lehrtöchter bringt, anprangern. Die Mädchen sind gegenüber ihren männlichen Kollegen nämlich benachteiligt, wenn sie eine Stelle suchen: der Arbeitgeber bevorzugt natürlich den Knaben, weil der keinen 5-wöchigen Kurs zu absolvieren hat. Zudem wird jenen Lehrtöchtern, die den Kurs während der Arbeitszeit machen, nur selten der Lohnausfall ausgeglichen; es gibt kein Gesetz, das den Arbeitgeber dazu verpflichtet.

Kurz, der Prozess gab uns die Möglichkeit, weite Kreise auf die diskriminierende schweizerische Gesetzgebung aufmerksam zu machen und auf den illusorischen Charakter der heutigen "Gleichheit" hinzuweisen.

Die Bilanz des Prozesses ist positiv trotz einigen sarkastischen Bemerkungen in der Presse. Der Boykott wurde von verschiedenen Parteien und Frauenorganisationen sowie vielen Persönlichkeiten unterstützt (unter ihnen der OFRA Bern und Biel, Anm. der Übersetzerin). Auch in der Öffentlichkeit haben wir breite Unterstützung gefunden, vor allem bei den Jungen: am Prozess waren über 200 Personen anwesend, im und um den Gerichtssaal...!

Was uns wichtig ist, ist das Echo in der Öffentlichkeit; mit dem Urteil (90.— Fr. Busse und 100.— Fr. Gerichtskosten pro Person) haben wir gerechnet!

Der Boykott wird dieses Jahr fortgeführt. In Bern zeichnet sich eine ähnliche Bewegung ab, in anderen Kantonen, die einen ähnlichen Unterricht kennen, ebenfalls.

Wir haben schliesslich darauf verzichtet, gegen das Urteil Rekurs einzulegen, obwohl es nicht uninteressant gewesen wäre, den Fall bis vor Bundesgericht zu ziehen. Es scheint uns wichtiger, die Bewegung mit anderen Mitteln zu verbreitern. Auch wären die Gerichtskosten bei einem weitergehenden Verfahren zu hoch. Wir wollen mit unseren bescheidenen finanziellen Mitteln lieber zukünftigen Verweigerinnen helfen, ihre Bussen zu bezahlen...

Françoise Tanguy

Wir danken all jenen, die unseren Unterstützungsfonds ihrerseits unterstützen könnten:
PC 25-25910, Katz Nathalie, Chemin du Seeland 8, 2503 Biel.

DER KLEINE UNTERSCHIED

Mein Ziel ist immer noch die Befreiung der Frau. Dass dies nicht mit einem eleganten coup passiert, ist mir sehr klar. Die Unterdrückung ist sehr spezialisiert und dezentralisiert; sie lässt sich eben nicht mit einem Wort beschreiben. Ein konkretes Instrument, das sich für oder gegen uns Frauen verwenden lässt, ist sicher die rechtliche Frage.

Ich nehme nicht an, dass Frauen aus der Frauenbewegung finden, dass in irgendeinem Lebensbereich ein Un-Recht noch geduldet werden soll. Immerhin ist ja ein Gesetz oder ein Verfassungsartikel so konkret, dass wir beurteilen können, ob er uns einschränkt oder nicht.

Und jetzt die ganze Diskussion um Initiative und Gegenvorschlag! Mein feministisches Herz blutet, sie haben uns wieder so weit.

Bei der ersten grossen Aktion, bei der Frauen Privates politisch gemacht haben — nämlich bei der Abtreibungssache — schon da wurde die Diskussion gelenkt. War zuerst die Strafslosigkeit des SABs auf dem Tapet mit der Forderung auf das Selbstbestimmungsrecht der Frauen, so gelang es den "anderen", uns zu zwingen, über die Fristenlösung zu diskutieren. Nicht mehr das Recht auf Selbstbestimmung, sondern eine Frist stand im Mittelpunkt!

Damit war auch der Brisanz der Forderung und der Aktion "macht Privates politisch!" die Spitze gebrochen.

Wenn wir schauen, was in der Sache um den SAB (nicht) läuft, könnte frau/man meinen, es hätte fast gar nichts stattgefunden.

Jetzt mit den "gleichen Rechten" genau das Gleiche: wir decken Ungleichheiten auf, wir bringen sie an die Öffentlichkeit.... und wozu zwingen uns die Herren? Zu der lächerlichen Diskussion, ob wohl der Gegen(vor)schlag doch noch so gut sei, dass wir ihn notfalls akzeptieren können! Prost.

Natürlich verteidigen wir die Initiative so gut wir irgendwie können.

Aber ich weigere mich, mir nur noch über den "kleinen Unterschied" Gedanken zu machen. Wir müssten vielmehr unabhängig von dieser Diskussion unsere Aktionen planen, mit denen wir erreichen, dass immer mehr Frauen sich ihrer Ungleichheit bewusst werden. Dieser "grosse Unterschied" — der interessiert und empört mich.

Auch die Ungleichheit äussert sich vor allem privat. Nur wenn wir Privates politisch machen, wird es sichtbar! Diese Diskussion will ich diesen Herren aufzwingen — nicht umgekehrt!

Zita Küng